

Rede
Kiel, 07.07.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Biomasse nachhaltig nutzen

„Vom Landwirt zum Energiewirt“ ist ein Slogan, der der Landwirtschaft neue Perspektiven und neue Standbeine aufzeigen soll. Die Anreize dafür wurden insbesondere durch das EEG geschaffen. Gerade Schleswig-Holstein, hat in all den Jahren von dem EEG profitiert. Ich muss nicht weiter darauf eingehen, welche Bedeutung die Windenergie für Schleswig-Holstein hat. Aber mit dem gestiegenen Erfolg der Windenergie sind seinerzeit auch die Probleme gekommen – Stichwort Verspargelung der Landschaft. Schnell hat man erkannt, dass hier gegengesteuert werden muss und es wurden Eignungsflächen ausgewiesen.

In den letzten Jahren verzeichnen wir in Schleswig-Holstein einen Zuwachs an Biomasseanlagen, die zu einem großen Teil mit nachwachsenden Rohstoffen gespeist werden. Als Hauptlieferant hat sich so genannter Energiemais etabliert. Die gestiegene Produktion von Mais, führt nun aber in mehrfacher Hinsicht zu Problemen.

Der gestiegene Flächenverbrauch für den Maisanbau, führt zu großflächigen Monokulturlandschaften - die auch aus touristischer Sicht eine mittlere Katastrophe sind.

Der Naturschutzbund Deutschland weist darauf hin, dass festzustellen ist, dass im Einzugsgebiet von Biogasanlagen vermehrt Grünland- und Stilllegungsflächen zu Maisäckern umgewandelt werden. Dies führt zu einer erhöhten Bodenerosion und Grundwasserbelastung sowie zu einem Verlust von wertvollen Lebensräumen.

Darüber hinaus sind die Pachtpreise für potentielle Energiemaisflächen derart gestiegen, dass dies mit der Produktion von Nahrungsmitteln nicht aufgefangen werden kann.

Abwärme die nicht effizient genutzt wird und von den Transporten quer durchs Land, ganz zu schweigen.

Dies alles sind Probleme, die wir bereits seit Jahren stetig beobachten können. Der SSW fordert daher seit längerem, entsprechende Rahmen für Biomasseanlagen zu setzen und gegebenenfalls die Rahmenbedingungen zu modifizieren.

Das Potential der Biomasse ist gewaltig. Theoretisch könnte Biomasse - laut einer WWF-Studie - den Weltenergiebedarf je nach Effizienz der Nutzung 10 bis 20-mal decken und bis 2020 könnten in den Industrieländern etwa 100 Millionen Haushalte mit Biomassestrom versorgt werden und 400 Kohle-Kraftwerke ersetzt werden. Dies macht deutlich, dass Biomasse ein wichtiger Baustein ist, um wegzukommen von den fossilen Energieträgern und um die Klimaziele zu erreichen.

Es wird deutlich, dass die energetische Nutzung von Biomasse zum einen große Chancen beinhaltet, aber auch Risiken in sich birgt. Die Energiegewinnung aus Biomasse bringt nur dann einen Vorteil für den Klima- und Umweltschutz, wenn die Gesamtbilanz stimmt. Es darf eben nicht zu Verlusten von wertvollen Lebensräumen kommen. Auch für die Produktion von Nahrungsmitteln muss Fläche zu bezahlbaren Preisen vorhanden sein und lange Transportwege müssen vermieden werden. Nur unter Berücksichtigung dieser Aspekte, ist die Energieproduktion aus Biomasse ein Gewinn.

Wenn wir also dieses Potential nutzen wollen, brauchen wir eine entsprechende Steuerung, damit das ganze nicht weiter aus dem Ruder läuft. Nach dem Motto, „Gut gedacht, schlecht gemacht“ stellen wir heute fest, dass insbesondere der Bonus für NawaRo-Anlagen maßgeblich für diesen negativen Trend verantwortlich ist.

Bundesweit läuft derzeit eine breite Diskussion, wie die nachhaltige Produktion, der Handel und die Nutzung von Biomasse künftig gestaltet werden muss, bei denen auch die Aspekte des Klimaschutzes, des Umwelt- und Artenschutzes oder der Nahrungsmittelproduktion berücksichtigt werden. In diesen Kontext fügt sich der grüne Antrag mit seinen Ansätzen hervorragend ein. Wir brauchen eine breite Debatte, damit die Biomassenutzung auch langfristig gesellschaftlich akzeptiert ist.

Das heißt, es muss über die Vergütung geregelt werden. Erst wenn kein Bonus für NawaRo-Anlagen gezahlt wird, stattdessen auf Rest- und Abfallprodukte fokussiert wird und wenn klare Vorgaben bestehen für wirksame Energie- und Wärmekonzepte, wird die energetische Nutzung von Biomasse ein Erfolg, der im Einklang mit den anderen Nutzungsansprüchen steht. Biomasse darf nicht im Widerspruch zur Agrar- und Umweltpolitik stehen, sie muss die Schnittstelle sein.